

## „Wir betonen unser Recht auf Einmischung“

Der Ausschuß für Kinder, Jugendliche und Familie hat sich am 23. Oktober unter der Leitung der Vorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD) unter anderem mit der Integration Behinderter im Kindergarten und der interministeriellen Projektgruppe „Politik für Kinder und Familie“ beschäftigt.

Der Kinderbeauftragte der Landesregierung, Dr. Reinald Eichholz, bezeichnete in seinem Kurzbericht die Projektgruppe als Teil einer Strategie, der Politik für Kinder einen höheren Stellenwert zu verschaffen und in diesem Zusammenhang die Koordination und Kooperation innerhalb der Landesregierung zu stärken. Die Politik für Kinder folge zwei grundsätzlichen Gesichtspunkten; zum einen sollten die Rechte der Kinder gestärkt werden, andererseits gehe es darum, praktische Kinderfreundlichkeit durchzusetzen. Neben der Projektgruppe gebe es — Eichholz nannte hier unter anderem die Konferenz der 34 kommunalen Kinderbeauftragten — weitere kinderpolitisch tragfähige Strukturen, die dazu beitragen, Politik für Kinder und die Meinungsbildung zur Politik für Kinder zu verstetigen und zu intensivieren.

Dabei erhebe die interministerielle Arbeitsgruppe nicht den Anspruch, in sämtliche Angelegenheiten kinderpolitischer Bedeutung eingeschaltet zu werden. Es gehe vielmehr um Anstöße und weniger um zusätzliche Verfahrensgänge. Man bestehe allerdings auf dem Recht sich einzumischen, wenn man es für erforderlich halte. So wie



„Rassismus — mit diesem Begriff verbinden wir Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Mord. Nicht nur Deutschland, sondern alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union empfinden dies als aktuelles und gravierendes Problem. Aber wir Deutschen stehen in einer besonderen historischen Verantwortung.“ Mit diesen Worten eröffnete Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) die Ausstellung „Gegen Rassismus“ in der Wandelhalle des Landtags. Gewalt aber könne nur stattfinden und sich ausbreiten, wenn die Dabeistehenden wegschauten. Gewalt sei immer auf Ignoranz und Gleichgültigkeit angewiesen. Die Kommission der Europäischen Union habe aus der anhaltenden Präsenz von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den Mitgliedsstaaten Konsequenzen gezogen. Sie habe deshalb das Jahr 1997 zum „Europäischen Jahr gegen Rassismus“ erklärt. Mit dieser Fotoausstellung wolle der Landtag die Aufforderung unterstützen, folgte der Präsident. Die künstlerische Arbeit oblag dem Fotografen Peter Liedtke. Eine Einführung gab die GRÜNE-Abgeordnete Christiane Bainski (am Pult).  
Foto: Schälte

es geschehe, nämlich in die Ämter übergreifenden Arbeitskreisen, trage man dazu bei, die „versäulten und segmentierten Zustän-

digkeiten ein bißchen aufzulösen“ und dafür zu sorgen, daß die Lebensverhältnisse der Kinder nicht auseinandergerissen werden. Auch die Überlegungen zur Ergänzung der Landesverfassung um Rechte für Kinder würden ihren Part dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts enger werden zu lassen.

Schon seit 1975 gebe es im Lande Kindertageseinrichtungen, die sich um die integrative Erziehung von Kindern bemühten, erklärte Ministerialdirigent Wolfram G. Schorn vom MAGS. Diese und weitere Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Verbindung sozialpädagogischer und heilpädagogischer Methoden ein positives Element einbringe, „das im Ergebnis allen Kindern nützt, den behinderten wie auch den nichtbehinderten. Aus ursprünglicher Sicht war das nicht so ganz selbstverständlich“.

Unterdessen sei ein Stand zwischen den Beteiligten erreicht worden, der es geraten erscheinen lasse, einen Erlaß vorzubereiten. In ihm sollen erstmalig die heilpädagogischen Standards — Gruppenformen, Gruppenstärken, personelle Besetzung, Beratung, Betreuungsdauer — für Einrichtungsformen verschiedener Art einheitlich und übereinstimmend geregelt werden.

Zum Schluß nannte Schorn einige Daten (Stand Oktober des Vorjahres). So besuchten im Land insgesamt 2900 Kinder mit Behinderungen insgesamt 232 integrative Kindergärten und Schwerpunkteinrichtungen sowie 650 Regelkindergärten mit Einzelintegration. Gleichzeitig seien in 168 heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen und additiven Kindergärten über 4500 Kinder mit Behinderungen betreut worden.



Eine Delegation russischer Fachleute aus der Region Nishnij Nowgorod hat NRW besucht, um sich über Möglichkeiten und Probleme im Umgang mit neureligiösen Bewegungen, Sekten und Psychokulten zu informieren. Der Austausch fand im Rahmen des vom Arbeits- und Sozialministerium geförderten Austauschprogramms „Neue Brücken bauen“ statt. Neben Gesprächen u. a. mit dem Informations- und Dokumentationszentrum Sekten/Psychokulte (IDZ) bei der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW in Köln stand auch ein Besuch des Landtages auf dem Programm, wo die Delegation vom SPD-Abgeordneten Jürgen Jentsch (M.), Mitglied des Präsidiums des Landparlaments und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW, begrüßt wurde. Ein regelmäßiger Informationsaustausch wurde vereinbart.  
Foto: Schälte